



DIE BESSERE ALTERNATIVE

1199

an alle grünen MdBs

Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 · Rotebühlstraße 86/1 · 70178 Stuttgart

An die
Bundestagsabgeordneten
 von Bündnis 90 / Die Grünen

Stuttgart, 19. Dezember 2012

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

nun ist offenbar geworden, was wir Gegner/innen des Projekts „Stuttgart 21“ schon seit Jahren auf der Grundlage seriöser Expertisen und Gutachten öffentlich gemacht haben: Die Deutsche Bahn AG müsste eingestehen, dass die Kosten von S 21 dramatisch – um bis zu 2,3 Milliarden Euro – steigen werden. Dabei haben die eigentlichen Bauarbeiten, vor allem für die rund 60 Kilometer langen Tunnel, noch gar nicht begonnen. Sie aber bergen weitere unkalkulierbare Risiken.

Auch wenn die Bahn von den Mehrkosten 1,1 Milliarden Euro selbst zu tragen behauptet, bleiben die Stadt Stuttgart, das Land Baden-Württemberg und auch die Bundesrepublik Deutschland als Eigentümerin der Deutschen Bahn AG nicht außen vor. Alle Projektpartner begeben sich freiwillig in Geiselschaft der Bahn, wenn sie es ihr erlauben, Stuttgart 21 auf dieser Basis weiterzubauen.

Die Stadt und das Land werden weiter „bluten“ müssen, wenn sie es zulassen, dass die Landeshauptstadt jahrzehntelang eine große Baustelle bleibt und damit die Lebensqualität der Menschen massiv beeinträchtigt wird.

Stuttgart 21 kannibalisiert den Schienenverkehr in ganz Deutschland. Das Land läuft Gefahr, dass die von ihm für den Schienennahverkehr gezahlten Gelder für Stuttgart 21 zweckentfremdet werden. Die Bahn erwirtschaftet ihre Gewinne vor allem aus den Bereichen Infrastruktur und Nahverkehr. Den Gewinn der DB-Netzsparte – 2011 immerhin 700 Millionen Euro – zahlen vor allem die Länder über die Bestellung von Nahverkehrszügen.

Die den Bundesländern zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmittel reichen schon heute kaum mehr aus, um die Angebote zu erhalten und auszubauen. Denn ständig steigen die Kosten für die Nutzung der Eisenbahnstrecken und Bahnhöfe. Die von der DB Netz erzielten Gewinne aus der Bestellung von Nahverkehrszügen müssen wieder vollständig in eine bessere Infrastruktur für den regionalen Schienenverkehr investiert werden und nicht indirekt in Stuttgart 21.

Würde die Bahn sich wegen der Übernahme von Mehrkosten für Stuttgart 21 höher verschulden als geplant, entstünde auch daraus ein Schaden für die Bundesländer. Denn dann würde die Bahn ihre Investitionen in andere wichtige Infrastrukturvorhaben zurückfahren. Die Milliarden, die sie in Stuttgart 21 zusätzlich investieren will, würde sie an anderer Stelle zurückholen – etwa indem sie Neu- und Ausbauten streckt, Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten aufschiebt, die Trassenpreise erhöht oder die Fahrkarten verteuert.

Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21
 Rotebühlstraße 86/1 · 70178 Stuttgart · Tel.: 0711/61970-40 · Fax: 0711/61970-44 · E-Mail: info@kopfbahnhof-21.de · www.kopfbahnhof-21.de
 Spendenkonto: Südwesbank KTO: 618 052 020 · BLZ: 600 907 00 · Stichwort: K21 (Empfänger: BUND Regionalverband Stuttgart)

Die Partner im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21

BUND Regionalverband Stuttgart · Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Stuttgart · PRO BAHN e.V. Regionalverband Region Stuttgart
 Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21 · VCD Landesverband Baden-Württemberg e.V. · DIE LINKE, Landesverband Baden-Württemberg
 SÖS Stuttgart Ökologisch Sozial · GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21 · SPD-Mitglieder gegen S21 · Schutzgemeinschaft Filder e.V.
 DerKrahlitz · Stiftung Architektur-Forum Baden-Württemberg

- 2 -

Ein ganz zentrales Anliegen der Grünen ist die ökologische Verkehrswende in Deutschland. In Baden-Württemberg haben sie zum ersten Mal die Chance, federführend die Verkehrsinfrastruktur umzubauen – weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum Umweltverbund. Dies könnte ein Modell für andere Bundesländer werden. Wenn Stuttgart 21 nicht beendet wird, wird es in Baden-Württemberg keine grüne Verkehrswende geben, weil dafür kein Geld mehr da ist.

Das Ergebnis der Volksabstimmung kann angesichts der neuen Fakten nicht mehr als Argument für einen Weiterbau dienen. Inzwischen hat der renommierte Rechtswissenschaftler Professor Joachim Wieland – der die baden-württembergische Landesregierung 2011 zur Volksabstimmung beraten hat – öffentlich erklärt, die Landesregierung sei nun nicht mehr gebunden an deren Ergebnis. Denn dieses Votum sei zustande gekommen unter der damals verbindlichen, nach der neuen Kostenrechnung der Bahn aber hinfällig gewordenen Prämisse eines Kostendeckels von 4,5 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Sie eindringlich auf:

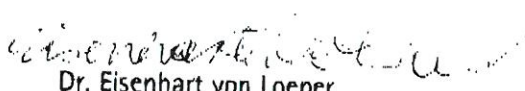
Wirken Sie ein auf die Deutsche Bahn AG, auf Bundesverkehrsminister Ramsauer und auf die baden-württembergische Landesregierung, umgehend Gespräche zum Ausstieg aus dem Projekt zu führen, um die finanzielle und bahnverkehrliche Geisterfahrt endlich zu beenden.

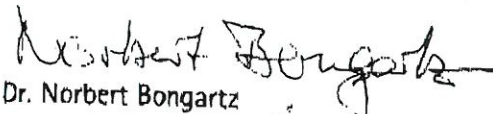
Es gilt, massiven Schaden für den Schienenverkehr in ganz Deutschland abzuwenden.


Helfen Sie mit, dass Baden-Württemberg mit der grünen Kernkompetenz im Bereich Verkehr zu einem Musterland für ökologische, menschen- und umweltfreundliche Mobilität werden kann. Möglich ist das nur ohne Stuttgart 21.

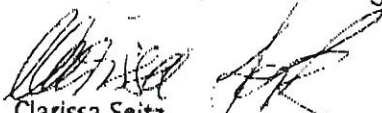
Mit freundlichen Grüßen

Die Sprecherinnen und Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21


Dr. Eisenhart von Loeper


Dr. Norbert Bongartz


Dr. Friederike Perl


Clarissa Seitz

Stadträtin der Grünen in Stuttgart